

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die US-Notenbank nahm wie erwartet eine weitere Zinserhöhung vor. Marktreaktionen hierauf waren kaum zu vernehmen. Für zwischenzeitliche Unsicherheit sorgte EZB-Präsident Draghi mit einer Bemerkung zur künftigen Inflationsentwicklung. Italiens Budgetplanungen für 2019 mit einem erhöhten Defizit sorgten dort gegen Wochenschluss für merkliche Kursverluste.

Die internationalen Aktienmärkte tendierten in dieser Woche leicht schwächer. Neben den Diesel-Plänen der Bundesregierung stand auch die geplante Aufspaltung von Thyssenkrupp im Fokus der Anleger.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Portfoliomanagement

Union Investment Privatkunden



# Marktticker

 Union  
Investment

Wöchentliche Information zu den Kapitalmärkten 28. September 2018

## Inhaltsverzeichnis

### Aktien:

- Internationale Aktienmärkte tendieren schwächer
- Neues Diesel-Konzept der Regierung
- Thyssenkrupp plant Aufspaltung

### Renten:

- US-Notenbank erhöht wie erwartet den Leitzins
- EZB-Präsident verschreckt mit Bemerkung
- Italien – geplantes Budgetdefizit höher als erwartet

### Ausblick:

- Weitere gute US-Konjunkturdaten erwartet
- Deutsche Auftragseingänge

## Kursveränderungen

Marktindikator	Stand	Wertentwicklung	
	am 28.09.2018 ca. 16:00	seit 21.09.2018	seit 29.12.2017
Dow Jones	26.420	-1,2%	6,9%
EURO STOXX 50	3.399	-0,9%	-3,0%
Dax 30	12.230	-1,6%	-5,3%
Nikkei 225	24.120	1,0%	6,0%
MSCI Emerging Markets	58.137	-0,3%	-4,5%
Euro-Leitzins	0,00%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger Bundesanleihe	0,46%	0 BP	4 BP
Iboxx Euro Sovereign	232,17	-0,3%	-0,3%
Spread EMU Unternehmen- zu EMU-Staatsanleihen	69	1 BP	25 BP
US-Leitzins	2,25%	25 BP	75 BP
Rendite 10-jähriger US-Treasury-Bonds	3,04%	-3 BP	63 BP
Euro-Wechselkurs in USD	1,16	-1,4%	-3,5%
Ölpreis (WTI) in USD/Barrel	72,30	2,1%	19,7%

## Aktien

### Internationale Aktienmärkte tendieren schwächer

Bereits zu Wochenbeginn notierten die internationalen Aktienmärkte etwas schwächer. Die US-amerikanischen Börsen zollten ihrer Rekordjagd der vorherigen Tage Tribut. Angesichts der nun gültigen US-Strafzölle auf weitere chinesische Produkte und entsprechender Gegenmaßnahmen Pekings sicherten die Anleger lieber die jüngsten Gewinne. Die Stimmung unter den Führungskräften der deutschen Wirtschaft hat sich im September weniger stark eingetrübt als erwartet - trotz eines sich weiter zuspitzenden Handelskonflikts und eines möglicherweise harten Brexits. Der ifo-Geschäftsklimaindex fiel zwar von 103,9 auf 103,7 Punkte. Ökonomen hatten aber mit einem deutlicheren Rückgang gerechnet, auf 103,2 Zähler. Die Zinserhöhung der US-Notenbank Federal Reserve am Mittwoch war von den Anlegern erwartet worden. Allerdings belastete die Vermutung, dass die US-Währungshüter wohl im Winter bereits den nächsten Zinsschritt vornehmen. Zum Wochenschluss trübte die Situation um Italien die Stimmung. Die dortige Regierung plant für kommendes Jahr ein höheres Haushaltsdefizit als bis dato angenommen, was die Anleger mit Enttäuschung aufnahmen.

Insgesamt verloren die Aktienmärkte per Freitagmittag auf Basis des MSCI World-Index 0,5 Prozent an Wert. Die Aktienmärkte der Schwellenländer notierten im Vergleich zur Vorwoche unverändert. Relativ stark präsentierte sich der US-Technologieindex Nasdaq, der um 0,8 Prozent zulegte. Der DAX-Index büßte hingegen 0,8 Prozent an Wert ein. Die Sektoren des STOXX Europe 600 gaben ein gemischtes Bild ab. Gefragt waren Öl- und Gasunternehmen, während Automobilwerte unter den Diesel-Plänen (siehe unten) der deutschen Bundesregierung litten und der Sektorindex vier Prozent an Wert verlor.

### Neues Diesel-Konzept der Regierung

Die Bundesregierung plant, in zehn belasteten Städten Maßnahmen für Diesel-Besitzer umzusetzen. Eine davon ist Frankfurt am Main, die

neun anderen werden in dem Entwurf der Regierung nicht explizit genannt. In diesen Städten liege die Stickstoffoxid-Luftbelastung bei 55 Mikrogramm pro Kubikmeter. Laut dem Konzept wollen Bundesregierung und Autoindustrie Besitzern von Diesel-Fahrzeugen der Schadstoffklassen 4 und 5 die Wahlmöglichkeiten Rückkauf, Umtausch und Hardwarenachrüstung anbieten.

Nach Berechnungen des Bundeskanzleramtes dürften die Maßnahmen aufgrund ihrer Begrenzung auf den Umkreis von 70 Kilometern rund um die zehn "Intensivstädte" etwa 1,3 Millionen Fahrzeuge betreffen. Die Kosten der Hardwarenachrüstung werden auf durchschnittlich 3.000 Euro pro PKW geschätzt. Da nach den Erwartungen der Bundesregierung nur etwa 20 Prozent der Euro 5-Diesel umgerüstet werden dürften, beziffert die Große Koalition die Gesamtkosten auf rund 660 Millionen Euro. Eine finale Entscheidung über das Konzept fällt wohl am kommenden Montag, für diesen Tag hat Bundeskanzlerin Merkel ein Treffen der Spitzen der Großen Koalition angesetzt.

### Thyssenkrupp plant Aufspaltung

Im Fokus der Anleger stand am Donnerstag der seit mehreren Jahren kriselnde Traditionskonzern Thyssenkrupp. Das Unternehmen soll in zwei börsennotierte Gesellschaften aufgeteilt werden. Das Geschäft mit Aufzügen, Autoteilen, dem Kernanlagenbau und einem Umsatz von etwa 16 Milliarden Euro und 90.000 Mitarbeitern soll abgetrennt werden. In einer zweiten Gesellschaft mit einem Umsatz von etwa 18 Milliarden Euro und knapp 40.000 Mitarbeitern verbleibt unter anderem der Werkstoffhandel und der Anteil am geplanten Stahl-Gemeinschaftsunternehmen mit der indischen Tata.

Thyssenkrupp steht unter dem Druck von Investoren wie den beiden Großaktionären Cevian und Elliott, die mehr Rendite fordern. Vorstandschef Guido Kerkhoff hatte bereits angekündigt, die Geschäfte profitabler aufzustellen. Die Aktie des Konzerns reagierte euphorisch auf die Meldung und legte um rund zehn Prozent an Wert zu.

## Renten

### US-Notenbank erhöht wie erwartet den Leitzins

Der Offenmarktausschuss (FOMC) der US-Notenbank Fed erhöhte am Mittwoch wie allseits erwartet den Zielkorridor der Fed Fund Rate um 25 Basispunkte auf 2,0 bis 2,25 Prozent. Die Zinspolitik der Fed läuft somit weiter auf Autopilot. Im laufenden Jahr wird mit einer weiteren Zinserhöhung gerechnet, für 2019 geht der Konsens nach wie vor von drei weiteren Zinsschritten aus. Eine erneute Zinsanhebung noch im laufenden Jahr scheint innerhalb der Fed auch immer mehr Befürworter zu finden. Nach zunächst acht Mitgliedern votierten zuletzt sogar zwölf der Entscheidungsträger für einen weiteren Zinsschritt gegen Jahresende.

Allerdings scheint der laufende Zinserhöhungsprozess etwas an Dynamik zu verlieren. Mit einem Wechsel in der Kommunikation, in der die Fed ihre Geldpolitik als nicht mehr wachstumsfördernd (akkommodierend) bezeichnet, scheint sich eine vorsichtige Annäherung an ein neutrales Zinsniveau zu vollziehen. Der langfristig für angemessen erachtete Leitzins wird seitens der Fed nach wie vor bei 2,9 Prozent verortet. Dem Fed-Vorsitzenden Powell zufolge befindet sich das FOMC in einem Zinsfindungsprozess, der es auch ermöglichen, bei Erreichen des neutralen Zinses eine Pause einzulegen. Hinsichtlich der aktuellen Handelsstreitigkeiten werden vom Fed-Vorsitzenden aktuell keine kurzfristigen negativen Folgen für die US-Wirtschaft gesehen.

An den Finanzmärkten war die Reaktion auf die Fed sehr übersichtlich und hielt sich in engen Grenzen. Mit Blick auf den US-amerikanischen Staatsanleihemarkt bewegten sich die richtungsweisenden 10jährigen US-Staatsanleihen nur wenige Basispunkte oberhalb der Drei-Prozentmarke. Auf der US-Zinskurve gab der lange Laufzeitbereich renditeseitig einige wenige Basispunkte ab.

### EZB-Präsident Draghi erschreckt mit Bemerkung zur Kerninflation

Deutlich schwankungsintensiver verlief das Geschäft am europäischen Staatsanleihemarkt. Zunächst sorgte EZB-Präsident Draghi mit einer Bemerkung in seiner Rede vor dem EU-Parlament für deutliche Reaktionen am Markt. Der Hinweis auf eine von der EZB erwartete relativ kräftige Belebung der Kerninflation erschreckte die Marktteilnehmer. Vor allem Anleihen aus den Kernländern gerieten unter Druck, deutsche Bundesanleihen stiegen über die 0,5-Prozentmarke. Allerdings fing sich der Markt wieder, als klar wurde, dass es sich hierbei um eine langfristige Einschätzung handelte. Zumal die angesprochene Kerninflation mit 1,8 Prozent für 2020 auch keinen neuen Informationsgehalt bot, da diese in den EZB-Projektionen schon längst kommuniziert war. Eine verfrühte Zinswende seitens der EZB dürfte mitnichten zu erwarten sein. In der Folge wies EZB-Chefvolkswirt Praet auch darauf hin, dass das Erreichen der Zwei-Prozentmarke einem längeren Prozess unterliege.

### Italien - geplantes Budgetdefizit höher als erwartet

Italien kommt nicht zur Ruhe. Zum Wochenschluss wurde veröffentlicht, dass das für 2019 angestrebte Budgetdefizit 2,4 Prozent betragen soll. Die Markterwartung lag bei maximal zwei Prozent. Die angestrebte höhere Verschuldung führte am italienischen Staatsanleihemarkt zu Kursverlusten, die sich sowohl mit den kurzen als auch den langen Laufzeiten über die gesamte Zinskurve hinweg erstreckten. Die Zehnjahresbonds rentierten am Freitagvormittag in der Spitze mit 3,15 Prozent, ein Anstieg von mehr als 30 Basispunkten gegenüber Vorfreitagschluss. In anderen Peripherieländern wie Spanien oder Portugal kam es zu nur leichten Renditesteigerungen. Gleichzeitig konnten Bundesanleihen von der erhöhten Risikostimmung profitieren und die Notierungen wieder etwas zulegen. Die Situation in Italien wird nun von mehreren Faktoren bestimmt werden. Die Diskussionen mit der EU-Kommission, die Frage, ob Finanzminister Tria im Amt bleiben wird und auch mögliche Ratingänderungen stehen hierbei im Vordergrund.



## Ausblick

Die US-Wirtschaft brummt trotz Handelsstreits, den positiven Trend dürften die in der laufenden Woche anstehenden US-Wirtschaftsdaten auch weiterhin bestätigen. Mit dem ISM-Index für das verarbeitende Gewerbe, den Auftragseingängen in der Industrie und den neu geschaffenen Stellen stehen über die Berichtswoche verteilt wichtige Konjunkturdaten an. Die vielbeachtete Schaffung neuer Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft sieht in der von der Agentur Bloomberg ermittelten durchschnittlichen Schätzung der Analysten einen Zuwachs von 188.000 Stellen vor. Im Vormonat August konnten 201.000 neue Jobs vergeben werden.

Am Freitag wird zudem über den Auftragseingang in der heimischen Industrie berichtet. Angesichts der Abgasproblematik im Automobilsektor, die sich in der Absatzdynamik eher belastend auswirkte, wird bestenfalls mit einem Seitwärtstrend im gesamten Auftragseingang gerechnet. Darüber hinaus werden zum Wochenaufakt die Einzelhandelsumsätze aus dem Sommermonat Juli bekanntgegeben.

## Termine

<b>Montag, 01.10.18</b>	<b>JPN:</b> Tankan-Bericht, Lage und Ausblick japanischer Großunternehmen (Sep.) <b>DEU:</b> Einzelhandelsumsätze (Jul.) <b>EWU:</b> Einkaufsmanagerindex, verarbeitendes Gewerbe, endgültig (Sep.) <b>USA:</b> ISM-Index für das verarbeitende Gewerbe (Sep.); Automobilverkäufe (Sep.)
<b>Dienstag, 02.10.18</b>	<b>Zinsentscheid der australischen Notenbank</b>
<b>Mittwoch, 03.10.18</b>	<b>DEU: Feiertag (Tag der deutschen Einheit)</b> <b>EWU:</b> Einkaufsmanagerindex, Dienstleistungssektor, endgültig (Sep.) <b>USA:</b> ADP-Report zum Arbeitsmarkt (Sep.); ISM-Index (Sep.)
<b>Donnerstag, 04.10.18</b>	<b>USA:</b> Auftragseingänge in der Industrie (Aug.)
<b>Freitag, 05.10.18</b>	<b>DEU:</b> Auftragseingänge in der Industrie (Aug.) <b>USA:</b> Neu geschaffene Stellen außerhalb der Landwirtschaft, „non farm payrolls“ (Sep.); Arbeitslosenquote und durchschnittliche Stundenlöhne (beide Sep.)

## Disclaimer

Die Inhalte in diesem Dokument wurden von der Union Investment Privatfonds GmbH nach bestem Urteilsvermögen erstellt und herausgegeben. Eigene Darstellungen und Erläuterungen beruhen auf der jeweiligen Einschätzung des Verfassers zum Zeitpunkt ihrer Erstellung, auch im Hinblick auf die gegenwärtige Rechts- und Steuerlage, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern kann.

Als Grundlage dienen Informationen aus eigenen oder öffentlich zugänglichen Quellen, die für zuverlässig gehalten werden. Für deren Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit steht der jeweilige Verfasser jedoch nicht ein. Alle Index- bzw. Produktbezeichnungen anderer Unternehmen als Union Investment werden lediglich beispielhaft genannt und können urheber- und markenrechtlich geschützte Produkte und Marken dieser Unternehmen sein.

Alle Inhalte dieses Dokuments dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie dürfen daher weder ganz noch teilweise verändert oder zusammengefasst werden. Sie stellen keine individuelle Anlageempfehlung dar und ersetzen weder die individuelle Anlageberatung durch die Bank noch die individuelle, qualifizierte Steuerberatung. Für die Eignung von Empfehlungen zu Fondsanteilen oder Einzeltiteln für bestimmte Kunden oder Kundengruppen übernimmt Union Investment daher keine Haftung.

Dieses Dokument wurde mit Sorgfalt entworfen und hergestellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Es wird keinerlei Haftung für Nachteile, die direkt oder indirekt aus der Verteilung, der Verwendung oder Veränderung und Zusammenfassung dieses Dokuments oder seinen Inhalt entstehen, übernommen.

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen:  
28. September 2018, soweit nicht anders angegeben.

## Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Investment Service Bank AG  
Weißfrauenstraße 7  
60311 Frankfurt am Main  
Telefon 069 58998-6060  
Telefax 069 58998-9000  
[www.union-investment.de](http://www.union-investment.de)

## Impressum

Union Investment Privatfonds GmbH  
Investment Office  
Weißfrauenstraße 7  
60311 Frankfurt